

Gute Arbeit – Gute Bildung – Aktiver Staat

Wählen gehen:

Politikwechsel für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer



Für die Beschäftigten in Hessen geht es bei den Landtags- und Bundestagswahlen am 22. September um viel. Es geht darum, die Weichen für einen Politikwechsel zu stellen. Für eine andere Politik, die wieder die Menschen in den Mittelpunkt stellt und nicht die Märkte. Für eine andere Politik, durch die Arbeit wieder die Wertschätzung erfährt, die sie verdient.

Die nächste Landesregierung hat viel zu tun – egal, von welcher Partei sie gestellt wird. Der Arbeitsmarkt ist gespalten, die Tarifbindung nimmt ab, der Niedriglohnbereich ist heftig angewachsen und viele haben Angst vor Altersarmut. Besonders betroffen davon sind Frauen. Die Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur auf zwölf Jahre hat den Leistungsdruck in den Schulen erhöht und den Übergang von anderen Schulformen erschwert.

Die öffentlichen Haushalte – des Landes und der Kommunen – sind unterfinanziert: Viele Schulen verfallen, Straßen können nicht saniert werden, bezahlbarer Wohnraum ist Mangelware und öffentliche Dienstleistungen werden immer weiter zurück gefahren. Mit vielfältigen Kürzungen im sozialen Bereich und durch Privatisierungen hat sich Hessen aus der öffentlichen Daseinsvorsorge verabschiedet.

Deshalb brauchen wir einen Politikwechsel für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

- Hessen braucht ein Tarifreue- und Vergabegesetz, das seinen Namen verdient. Dazu gehört ein flächendeckender Mindestlohn von zunächst 8,50 Euro. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse müssen zurückgedrängt, Altersarmut muss verhindert werden, Tarifautonomie muss gestärkt werden. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst haben ein Recht auf vernünftige Arbeitsbedingungen und Wertschätzung ihrer Arbeit – deswegen fordern wir: **eine neue Ordnung am Arbeitsmarkt!**
- Bildung und Ausbildung müssen für jeden Menschen zugänglich sein. Das bedeutet auch, dass sie niemals eine Frage des Geldes sein dürfen. Jedes Kind unter 3 Jahren muss einen Betreuungsplatz haben können. Lernen in der Schule muss wieder Raum und Zeit bekommen. Junge Menschen müssen eine Ausbildung machen können, um sich eine eigenständige Zukunft zu gestalten – deswegen fordern wir: **eine gute Bildung für Alle!**
- Hessen muss dem Sozialstaatsprinzip folgen: Es muss im Sinne aller Bürgerinnen und Bürger gestalten, regulieren, für gesellschaftlichen Zusammenhalt sorgen und finanziell handlungsfähig sein. Hessen ist ein wichtiger Industrie- und Dienstleistungsstandort. Damit das so bleibt, brauchen Beschäftigte und Unternehmen Planungssicherheit – gerade im Energiebereich. Denn gute Arbeit, eine zukunftsfähige Gesellschaft und eine wettbewerbsfähige Wirtschaft hängen von einem intakten Bildungssystem, einer funktionierenden Infrastruktur und von gerechten Steuern ab – deswegen fordern wir: **einen aktiven Staat!**

Alle demokratischen Parteien sind in der Verantwortung, dass gesellschaftlicher Reichtum allen Menschen zu Gute kommt. Deshalb ist es höchste Zeit, das Auseinanderdriften der Gesellschaft in Arm und Reich zu beenden und für eine gerechte Umverteilung von Vermögen zu sorgen. Unsere demokratische Gesellschaft braucht Vielfalt und Respekt gegenüber allen Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft, ihres Glaubens oder ihrer persönlichen Lebensweise. Die alten und neuen Nazis sind Feinde der Demokratie. Sie gehören weder auf unsere Straßen noch in unsere Parlamente.

Wer am 22. September wählt, kann für einen Politikwechsel für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sorgen.

Es gibt Alternativen – wir haben sie klar benannt!

Darum: Wählen gehen am 22. September!

